



Die sächsische Polenpolitik unter den Kurfürsten Friedrich Christian und Friedrich August III. und ihre Darstellung in der sächsischen Historiographie

Jacek Kordel

Warschauer Königsschloss,
Rokokoflügel, erbaut 1737
bis 1746 für König August III.
© Wikimedia

Nachdem im Breslauer Frieden (1742) Schlesien an die preußische Monarchie gefallen war, wuchs im Alten Reich der Antagonismus zwischen den Habsburgern und den Hohenzollern. Kursachsen, das mit der Wiener Hofburg verbündet war, wurde wegen seiner politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwäche sowie seiner geographischen Lage zwischen den zwei deutschen Mächten wiederholt zum Schauplatz der österreichisch-preußischen Kriegshandlungen. Bündnisse mit Österreich, Russland und später auch mit Frankreich konnten es nicht davor bewahren, in den Siebenjährigen Krieg (1756–1763) eingebunden zu werden. 1756 erfolgte die preußische Besatzung, die das Kurfürstentum ruinierte. Die Bevölkerung wurde durch hohe Kontributionen, Kriegs-

steuern und Requisitionen geschwächt. Die Bevölkerungszahl sank um beinahe zehn Prozent, zum Teil bedingt durch die gewaltsame Rekrutierung nahezu sämtlicher sächsischer Soldaten für preußische Dienste. Das Leeren der Staatskasse sowie die Übernahme der Münzstempel durch Preußen bedeuteten enorme finanzielle Einbußen. Der Gesamtbetrag der Besatzungskosten wurde auf 250 bis 300 Millionen Taler geschätzt, was fast das Dreißigfache der jährlichen Einnahmen Kursachsens darstellte. Der Niedergang Sachsens wurde durch die Zerstörung der Hauptstadt Dresden besiegelt. Im Sommer 1760 legten preußische Truppen ein Drittel der Stadt in Schutt und Asche: „Dresden ist nicht mehr ganz vorhanden“, ist in einem zeitgenössischen Reisebericht zu lesen, „sein

Schönstes und Bestes liegt in Asche. Seine größten Paläste und Straßen, wo Kunst und Pracht miteinander um den Vorrang stritten, sind Steinhäufen [...]. Die reichsten Einwohner sind arm geworden; denn was ihnen noch das Feuer übrig gelassen, hat ihnen der Raub genommen [...]. So sieht das ehemalige prangende Dresden jetzt in seinen Ringmauern aus.⁴¹

Die sächsische Geschichtsschreibung vertritt den Standpunkt, dass die Schuld an der militärischen Niederlage und am politischen und wirtschaftlichen Niedergang des Kurfürstentums den engsten Beratern des Kurfürst-Königs August III. (1733–1763) anzulasten sei, insbesondere Premierminister Heinrich von Brühl. Aus diesem Grunde werden in der Historiographie zur Geschichte des Kurfürstentums der im Februar 1763 unterschriebene Hubertusburger Frieden sowie der in das selbe Jahr fallende Tod Augusts III. (5. Oktober 1763) und Heinrich von Brühls (29. Oktober 1763) wie auch der darauffolgende Zerfall der polnisch-sächsischen Personalunion für Zäsuren von epochaler Bedeutung gehalten. Horst Schlechte hielt in seinem Werk über den Wiederaufbau Sachsens nach den Verheerungen des Siebenjährigen Krieges fest: „[Sächsische Reformer] suchten das Interesse des Staates weniger mit den Mitteln der auswärtigen Politik und nicht im Intrigenspiel der europäischen Kabinette, sondern vielmehr durch planmäßige und beharrliche Förderung aller wichtigeren Zweige der Landesökonomie zu wahren.“²

Die ältere sächsische Historiographie gelangte zu der Einschätzung, dass die neuen Eliten, die nach 1763 die Politik bestimmten, für den Wiederaufbau ihres Landes auf die „von Phantasie und romanhaft-romantischen Vorstellungen geprägte Außenpolitik der Vorfahren“³ hätten verzichtet und die Hoffnungen auf die Erneuerung der Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik hätten aufgeben sollen. Stattdessen hätten sie sich viel stärker auf Staats- und Wirtschaftsreformen konzentrieren sollen. Um Sachsen nach den Kriegszerstörungen wiederaufzubauen, die Finanzen zu sanieren und die Staatsschulden zu tilgen, hätte sich der Kurfürst der Entwicklung des Gewerbes, des Bergbaus und des Handels sowie dem Wohlergehen seiner Untertanen widmen sollen. Die sächsische Forschungsliteratur stimmte seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts darin überein, dass sich nach der Abreise Augusts III. aus dem okkupierten Dresden im Herbst 1756 die politischen Hoffnungen in der Bevölkerung auf den Kurprin-



Kurprinz Friedrich Christian von Sachsen, Gemälde von Anton Raphael Mengs, 1751
© Wikimedia

zen Friedrich Christian und dessen Gemahlin Maria Antonia Walpurgis aus dem Hause Wittelsbach konzentrierten. Diese hätten die wichtigste politische Macht in dem von preußischen Truppen besetzten Sachsen dargestellt. Gemäß der sächsischen Historiographie legte Friedrich Christian nach dem Tod seines Vaters 1763 in seiner nur knapp neunwöchigen Herrschaft bis zu seinem frühzeitigen Tod die Fundamente für die Innen- und Außenpolitik des Kurfürstentums für die folgenden Jahre. Dies habe in bedeutender Weise zur Erneuerung des Staates beigetragen. Daher sei es begründet, von der „Generation 1763“ zu sprechen⁴. Den politischen Grundsätzen des Kurfürsten Friedrich Christian seien dessen Nachfolger treu geblieben: sein ältester Bruder Xaver, der nach Friedrich Christians Tod die Regentschaft für den noch minderjährigen Kurprinzen innehatte, sowie der schließlich seit 1768 regierende Thronfolger, Friedrich Christians Sohn, Kurfürst Friedrich August III., der spätere sächsische König Friedrich August I. Negative Erfahrungen aus dem Bündnis mit der Wiener Hofburg sowie das Ausbleiben der erhofften Hilfe Frankreichs und Russlands hätten die Überzeugung der sächsischen Eliten vom hohen Wert des bisherigen Allianzsystems erschüttert und sie dazu gebracht, eine strikte Neutralität im internationalen politischen Geschehen zu wahren. Der Verzicht auf die polnische Krone und die Konzentration auf die inneren Angelegenheiten wurden in der Historiographie dahingehend gedeutet, dass der Kurfürst seinen persönlichen Ehrgeiz zugunsten des Wohlergehens des Staates und seiner Untertanen zurückgestellt habe.⁵

- 1 PAUL SCHUMANN, Dresden, Leipzig 1909, S. 203-204.
- 2 HORST SCHLECHTE (Hg.), Die Staatsreform in Kursachsen 1762-1763. Quellen vom kursächsischen Rétablissement nach dem Siebenjährigen Kriege, Berlin 1958, S. 115.
- 3 HELLMUT KRETZSCHMAR, Friedrich August I., in: Neue Deutsche Bibliographie, Bd. 5, 1961, S. 572.
- 4 THOMAS NICKLAS, Friedrich August II., Friedrich Christian, in: FRANK-LOTHAR KROLL (Hg.), Die Herrscher Sachsens: Markgrafen, Kurfürsten, Könige, München 2007, S. 202.
- 5 KARL CHRISTIAN GRETSCHEL/FRIEDRICH BÜLAU, Geschichte des sächsischen Volkes und Staates, Bd. 3, Leipzig 1853, S. 171; KARL WILHELM BÖTTIGER/THEODOR FLATHE, Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen, Bd. 2, Gotha 1870, S. 532; KARL CZOK/RAINER GROSS, Das Kurfürstentum, die sächsisch-polnische Union und die Staatsreform (1547-1789), in: KARL CZOK (Hg.), Geschichte Sachsens, Weimar 1989, S. 289; RAINER GROSS, Geschichte Sachsens, Dresden-Leipzig 2012, S. 160-161; JOACHIM MENZHAUSEN, Kulturgeschichte Sachsens, Dresden-Leipzig 2014, S. 187.

Thomas Freiherr von Fritsch, Gemälde von Anton Graff, vor 1775
© Wikimedia (Martin Geisler)



Die apologetischen Töne für den Kurfürsten Friedrich Christian, die den in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts tätigen Historikern noch fremd gewesen waren, sind mit Skepsis zu betrachten. Erstens sind die Zugehörigkeit Friedrich Christians zur antiköniglichen Opposition während seiner Zeit als Kurprinz und sein Beitrag zum wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau des Landes ungenügend belegt. Die Reformen wurden noch unter dem Kurfürst-König August III. begonnen, der im April 1762 eine Restaurationskommission mit Thomas von Fritsch an der Spitze einberief. Viele Rechtsakte, die der Sanierung der Verfassungs- und Wirtschaftsverhältnisse dienten, darunter auch ein Münzedikt, wonach minderwertige Münzen aus dem Umlauf genommen werden sollten, wurden noch zu Lebzeiten des alternden Kurfürst-Königs erlassen. Der frühzeitige Tod Friedrich Christians am 17. Dezember 1763 trug dazu bei, dass die Mehrheit der von ihm vorgeschlagenen Reformen erst in der Zeit der Vormundschaft und der selbstständigen Herrschaft Friedrich Augusts III. realisiert wurden.

Die sächsische Geschichtsschreibung vertrat seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Auffassung, dass die reformorientierten Kreise beschlossen hätten, auf eine aktive Außenpolitik und eine starke Armee zu verzichten, um damit die Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik nicht wiederherzustellen. Dieser Ansicht ist nicht zuzustimmen. Die federführenden Kräfte des sächsischen Rétablissements, unter denen zuerst Thomas Freiherr von Fritsch, Christi-

an Gotthelf von Gutschmid und Friedrich August von Wurmb zu nennen sind, schlugen, anders als es die Forschung dargestellt hat, dem sächsischen Hof keine derart radikalen Schritte vor.

In einer dem Kurfürsten Friedrich Christian Ende November 1763, schon einige Wochen nach dem Tode Augusts III. vorgelegten Denkschrift brachte von Fritsch seine Ansichten dar, wie Sachsen aus der wirtschaftlichen und politischen Ausweglosigkeit zu bringen sei. Es ist von Bedeutung, dass es seiner Meinung nach Sachsen nie so gut gegangen sei wie in den letzten Herrschaftsjahren des Kurfürst-Königs August II. (August der Starke, in den Jahren 1694 bis 1733 Kurfürst von Sachsen, 1697 bis 1706 und 1709 bis 1733 König von Polen). Die Finanzen seien durchaus geordnet gewesen, die gut ausgestattete Armee von 30.000 Mann habe Sicherheit gewährleistet und die polnische Krone dem Kurfürsten Hochachtung auf der deutschen und europäischen politischen Bühne garantiert. Auch wenn der Wahlkampf um die polnische Krone nach dem Tod Augusts II. ungeheure Summen verschlungen habe, seien diese nach Ansicht von Fritschs keine vergeblichen Ausgaben gewesen. Der Wohlstand Sachsens sei nicht wegen der Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik vernichtet worden, sondern durch die Maßlosigkeit des sächsischen Hofes und den grenzenlosen Einfluss von Günstlingen.⁶ Die Reformer schauten mit Optimismus in die Zukunft des Kurfürstentums: Unabhängig von den Kriegszerstörungen sollten sich die sächsischen Minister darum zu bemühen, eine Position zu gewinnen, die dem Land Einfluss auf die politischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa sichern würde. Für Friedrich August von Wurmb war Sardinien ein geeignetes Vorbild: Das Königreich verfügte über eine starke Armee, und den Regenten schmückte der Glanz der königlichen Krone. Obwohl es zwischen zwei Mächten gelegen war, war es fähig, eine gewisse politische Rolle zu spielen.⁷

Die Vertreter der neuen sächsischen Eliten sahen also keinen Widerspruch zwischen dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Sachsens und der Fortsetzung der Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik. Vielmehr erkannten sie zahlreiche Vorteile, die die polnische Krone dem sächsischen Hause brächte. Die Historiographie hat diese Einschätzung nicht geteilt. Eine innenpolitische Erneuerung bei einer gleichzeitigen Neuaufgabe der Union wurde als unmöglich erachtet.

6 Denkschrift von Thomas von Fritsch, 24. November 1763, in: SCHLECHTE, Die Staatsreform (wie Anm. 2), S. 539-541.

7 Denkschrift von Friedrich August von Wurmb, 27. Februar 1761, ebenda 1958, S. 175-177.

Die Diskussionen über die sächsische Thronbesteigung in Polen bewegten die Gemüter derer, die in Dresden die sächsische Politik bestimmten, sowohl vor als auch nach dem Ableben Kurfürst-Königs August III. Sowohl Friedrich Christian als auch nach seinem Tode seine Brüder Xaver und Karl ersuchten an fast allen europäischen Höfen um Unterstützung, von Madrid und Neapel über Wien und Berlin bis hin nach Sankt Petersburg. Ihre Versuche, sich die Krone der Piasten und Jagiellonen zu sichern, wurden monographisch von polnischen und preußischen Historikern bereits im 19. Jahrhundert untersucht⁸. Sächsische Forscher konnten die kurfürstlichen Bemühungen zwar nicht negieren, doch bemühten sie sich, deren Bedeutung zu minimieren. Königliche Ambitionen und böse Absichten schrieben sie in erster Linie der Kurfürstin Maria Antonia, der Gattin Friedrich Christians, zu. Diese Sichtweise bringt ein Paradoxon hervor. Das Ende der polnisch-sächsischen Union war nicht die Folge der Entscheidung Friedrich Christians, sondern das Ergebnis der gescheiterten Königswahl in Polen. Die alte sächsische Geschichtsschreibung schrieb jedoch die „Befreiung vom polnischen Joch“ und „den Abbruch der unnatürlichen Beziehungen mit Polen“ dem Willen des Kurfürsten zu und werteten dies als seinen Erfolg.⁹

Negative Erfahrungen aus dem polnischen Interregnum nach dem Tode des Kurfürst-Königs August III. gaben sächsischen Denkern Anlass zur kritischen Auseinandersetzung mit der sächsischen Außenpolitik. Die sächsische Historiographie hat dies als Kritik an der Polenpolitik interpretiert. Die Reflexionen können sich aber auch auf andere gescheiterte Initiativen des Dresdener Hofes bezogen haben. Zu nennen sind zum Beispiel die Bemühungen des jüngeren Sohnes Augusts III., Clemens Wenzeslaus, um das Erbe des Herzogs Clemens August von Bayern in den nordwestdeutschen Reichsstiften oder etwa die Hochzeitsabsichten der jüngsten Tochter Augusts III., Maria Kunigunde, mit Kaiser Joseph II.

Sächsische Denker schlugen vor, vom politischen Misserfolg auf internationaler Ebene durch verstärkte Bemühungen im Bereich der internen Reformen abzumildern.

Friedrich Anton von Heynitz, einer der bedeutendsten deutschen Ökonomen der Epoche, forderte, die Ausgaben für die Diplomatie radikal einzuschränken und sich auf die Innenpolitik zu konzentrieren.¹⁰ Freiherr von Fritsch rief hingegen dazu auf, die Handels-



Stanisław II. August Poniatowski, Krönungsportrait von Marcello Bacciarelli, 1764
© Wikimedia

beziehungen mit den deutschen Nachbarn und mit Polen zu pflegen und den Moment abzuwarten, in dem der Griff nach der polnischen Krone wieder im Bereich der politischen Möglichkeiten des Dresdener Hofes sei. Für unzulässig hielt er jedoch, schlicht dem Ehrgeiz des Kurfürsten nachzugeben, wenn sich dessen Streben nach der Krone als schädlich für die sächsischen Interessen erweisen könnte¹¹. Wie stark die sächsischen Gegner der Erneuerung der Personalunion zwischen dem sächsischen Kurfürstentum und der polnisch-litauischen Adelsrepublik waren, ist schwer einzuschätzen. Es ist jedoch bekannt, dass sich sowohl die sächsischen Kurfürsten als auch ihre Außenminister Karl von Flemming (im Amt 1764 bis 1768) und sein Nachfolger Karl Johann von der Osten-Sacken (1768 bis 1777) für eine Rückkehr auf den Thron der Piasten und Jagiellonen bereit machten.

Ein offenes Geheimnis in diplomatischen Kreisen war bereits seit dem Tod des Kurfürst-Königs August III., dass die russische Zarin Katharina die Große, die über die polnisch-litauische Adelsrepublik eine faktische Vorherrschaft ausübte, für den Warschauer Thron einen Piasten, das heißt einen polnischen Adligen bestimmt hatte. Etliche Monate nach dem Tod Augusts III. stellte sich heraus, dass sie sich für den ehemaligen sächsischen Gesandten in Sankt Petersburg und Truchsess des Großfürstentums Litauen, Stanislaus August Poniatowski, entschieden hatte. Im September 1764 wurde Poniatowski unter russischen Bajonetten zum König von Polen gewählt.

8 U. a. SZYMON ASKENAZY, Die letzte polnische Königswahl, Göttingen 1894; RICHARD ROEPPELL, Das Interregnum. Wahl und Krönung von Stanislaw August Poniatowski, Posen 1892. Wenig trug ein Aufsatz von Eduard Reimann bei: Die Bewerbung des Kurfürsten Friedrich Christian und seines Bruders Xaver um die polnische Krone im Jahre 1763/64, Archiv für Sächsische Geschichte, N.F. 4 (1878), S. 217-253.

9 „Daß es in Sachsen keine tiefgehende Neigung für die Verbindung mit Polen gab, zeigte sich [...] im Jahre 1763, als nur eine wenig einflußreiche Gruppe am Dresdener Hofe für die erneute Bewerbung um den polnischen Thron auftrat [...]. Sachsen war von einer Last befreit“, Karlheinz Blaschke, Sachsens Interessen und Ziele in der sächsisch-polnischen Personalunion, in: REX REXHEUSER (Hg.), Die Personalunionen von Sachsen-Polen 1697-1763 und Hannover-England 1714-1837. Ein Vergleich, Wiesbaden 2005, S. 16.

10 SCHLECHTE, Die Staatsreform (wie Anm. 2), S.24. Vgl. ANTON VON HEYNITZ, Tabellen über die Staatswirtschaft eines europäischen Staates der vierten Größe, Leipzig 1786.

11 Denkschrift von Thomas von Fritsch, November 1765, in: SCHLECHTE, Die Staatsreform (wie Anm. 2), S. 551.

12 Sächsische Historiker waren nicht imstande, Xavers Handlungsmotive zu erklären. Viele vermuteten, dass er sein Streben nach der polnischen Krone verleugnet hätte. Dieser Einschätzung ist zu widersprechen. Oskar Hüttig, der Monograph des Landtags von 1766, auf dem die Stände gegen die Pläne des Regenten Widerspruch erhoben hatten, stellte folgende Hypothese auf: „Allein die Hauptfrage ist: Weshalb hielt er trotz der Not des Landes so zähe an seinen Plänen fest? Es ist erwiesen, dass er sich ernstlich um die polnische Krone bemüht hat. Hat er die reorganisierten Truppen für seine Zwecke verwenden wollen? Der Umstand, dass er bereits 1765 endgültig auf seine Ansprüche in Polen verzichtete, macht diese Erklärung hin-fällig. Wir meinen, es war vor allem das Gefühl der Verantwortlichkeit des Vormundes, das ihn trieb“, OSKAR HÜTTIG, Der kursächsische Landtag von 1766, Diss., Leipzig 1902, S. 66.

13 Acte de rénonciation à toutes prétentions de Son Altesse Électorale de Saxe à la charge du Roi et de la République de Pologne vom 6. Oktober 1765, ediert in: Augustinus Theiner, Vetera monumenta Poloniae et Lithuaniae, Bd. 4, T. 2, Romae 1864, S. 88. Vgl. ZOFIA ZIELIŃSKA, Polska w okowach „systemu północnego“ 1763-1766, Kraków 2012, S. 422–426.

14 Liberum Veto war das Recht eines jeden Abgeordneten im polnischen Sejm, der polnisch-litauischen Adelsversammlung, durch seinen Einspruch einen Beschluss zu verhindern.

Noch vor seiner Königswahl bemühte sich Karl von Flemming, der sächsische Kabinettsminister und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, die Beziehungen zwischen Sachsen und Russland zu intensivieren. Er spekulierte auf eine Wende der russischen Polenpolitik. Die nächsten Monate bestärkten ihn in der Überzeugung, dass sich der zuvor gekrönte Stanislaus August, welcher der mächtigen Familie der Czartoryski angehörte und in Polen wichtige Wirtschafts- und Verfassungsreformen zu initiieren suchte, schnell als allzu unabhängig erweisen und die russische Zarin daraufhin im sächsischen Kurfürsten einen Kandidaten sehen würde, der eine vollständige Unterwürfigkeit Polens gegenüber Russland garantierte. Mit anderen Worten setzte Flemming darauf, dass die von Stanislaus August Poniatowski in Gang gesetzten Reformen Katharina die Große bald verstimmten und Poniatowski, der den Thron von russischen Gnaden bestiegen hatte, durch einen „berechenbaren“ Wettiner ersetzt würde.

Der Regent Xaver, der älteste Bruder des verstorbenen Kurfürsten Friedrich Christian, verfolgte einen anderen Weg. In der Hoffnung auf französische Hilfe hatte er vor, Sachsens Militärpotenzial zu verstärken.

ine starke Armee erhöhte seiner Ansicht nach Sachsens Bedeutung im Reich und gab einem sächsischen Fürsten größere Chancen im Wettbewerb um die polnische Krone. Diese Pläne wurden jedoch von den sächsischen Landständen durchkreuzt, indem sie sich der vorgeschlagenen Steuererhöhung entgegenstellten.¹² Es ist zu betonen, dass die sächsisch-polnische Vereinbarung aus dem Jahr 1765, in der die sächsisch-polnischen Beziehungen wieder aufgenommen und Stanislaus August als König anerkannt wurden, die politischen Absichten Xavers und der sächsischen Minister nicht änderten. Der Dresdner Hof hatte in dem Abkommen die Rechtmäßigkeit der Wahl Stanislaus Augusts anerkannt, jedoch keinen Verzicht auf die Bestrebungen deklariert, die sächsisch-polnische Personalunion zu einem späteren Zeitpunkt wiederherzustellen.¹³ Im September 1768 endete Xavers Regentschaft, und Friedrich August III. übernahm die Regierungsgeschäfte. Die internationale Situation war nach Auffassung der sächsischen Minister bedeutend günstiger als noch fünf Jahre zuvor: Der Ausbruch des Bruderkriegs in Polen (Konföderation von Bar) erneuerte die Hoffnungen auf den Gewinn der polnischen Krone. Teile des polnisch-litauischen Adels lehnten das Reformprogramm Stanislaus Augusts ab und standen der russischen Vorherrschaft feindselig gegenüber. Zahlreiche Magnaten- und Adelsfamilien unterstützten weiterhin

das Haus Wettin. An der Elbe formierten sich zwei politische Lager, die allerdings nur scheinbar gegensätzlich waren. Der neue Kabinettsminister und Leiter der Außenpolitik, der bisherige sächsische Gesandte in Sankt Petersburg, Karl von der Osten-Sacken, setzte seine Hoffnungen auf die Unterstützung Katharinas der Großen. Die Kurfürstin-Witwe Maria Antonia zählte auf die Hilfe Spaniens und Frankreichs sowie auf den Beistand des preußischen Königs. Kurfürst Friedrich August III. selbst bemühte sich um ein Gleichgewicht zwischen beiden Gruppierungen: Er versicherte dem Minister seine Unterstützung, aber versprach gleichzeitig seiner Mutter Handlungsfreiheit in der Polenpolitik. Die Ambitionen beider politischen Fraktionen waren letztlich ähnlich: Der königliche Titel sollte die Autorität des sächsischen Kurfürsten und die Bedeutung seines Staates auf der deutschen und europäischen politischen Bühne erhöhen. Zudem sollte die sächsisch-polnische Personalunion den sächsischen Handel in Polen erleichtern und damit auch wirtschaftliche Vorteile für sächsische Kaufleute mit sich bringen.

Von der Osten-Sacken, der von der entscheidenden Bedeutung Russlands in polnischen Angelegenheiten überzeugt war, vertrat die Meinung, dass Friedrich August III. ausschließlich von Gnaden der russischen Zarin den Warschauer Thron besteigen könne. Um die polnische Krone für die sächsische Dynastie zu sichern, hätte er sogar die Souveränität des Kurfürstentums und des Königreichs Polen geopfert: Sein Herr würde zum Werkzeug der Zarin zur Einflussnahme im Reich und zum Ausführenden ihrer Befehle in Polen. Vom Wert der Beziehungen mit Russland überzeugt, gab er Ende des Jahres 1771 die Hoffnungen auf den Throngewinn offen zu. Er erwartete, dass Russland, Preußen und Österreich den polnischen Adel dazu zwingen würden, dem Kurfürsten die polnische Krone anzubieten, wenn sich dieser im Gegenzug dazu verpflichtete, das liberum veto aufrechtzuerhalten¹⁴. Eine mögliche Beteiligung Sachsens an der Teilung der Adelsrepublik betrachtete er skeptisch, gleichwohl sah er darin eine Chance, die Beziehungen zum Zarenreich zu festigen. Um Maria Antonia, die Witwe Friedrich Christians, und den Prinzen Karl, dessen Bruder, sammelte sich hingegen ein politisches Lager, das seine Hoffnungen auf den Thronverlust Stanislaus Augusts in die Anführer der Konföderation von Bar setzte. Diese sprachen sich gegen die russische Vorherrschaft in Polen aus und wurden darin von Frankreich, Österreich und dem Osmanischen Reich unterstützt. Sowohl Außenminister von der Osten-Sacken als auch die verwitwete Kurfürstin akzeptierten das politische Pro-

gramm der in der sächsischen Partei versammelten polnischen Magnaten und Adligen. Vor der Königswahl sollten Reformen durchgeführt werden, welche die Rechte und Privilegien des polnischen Adels für die Zukunft sichern sollten. Die finanzielle Erschöpfung Sachsens sowie persönliche Frustration entmutigen jedoch Maria Antonia, die sich im Frühling 1771 von ihrer bisherigen aktiven Polenpolitik zurückzog. Sie riet ihrem Sohn, seine Bemühungen um den polnischen Thron zwar nicht aufzugeben, jedoch die Krone nie von russischen Gnaden anzunehmen.

Die sächsischen Eliten engagierten sich zum Ende der 1760er und zu Beginn der 1770er Jahre nicht nur für den Gewinn des polnischen Throns. Basierend auf den dynastischen Verbindungen zu den spanischen und französischen Bourbonen und den bayerischen Wittelsbachern unternahmen bereits Kurfürst Friedrich Christian und seine Ehefrau Maria Antonina sowie später der gemeinsame Sohn Kurfürst Friedrich August Versuche, die Position des Kurfürstentums im Reich zu festigen¹⁵. In Dresden wurde sogar erwogen, einen Fürstenbund ins Leben zu rufen, der ein gewisses Gegengewicht zu den österreichischen und preußischen Monarchien bilden könnte. Auch war der kurländische Thron des Prinzen Karl nicht vergessen. Dieser hoffte, unter gewissen Bedingungen nach Mitau zurückkehren zu können. Außenminister von der Osten-Sacken betrachtete es schließlich sogar als Chance, dass das Kurfürstentum an der Teilung Polens teilnehmen solle.¹⁶

Die kurfürstliche Familie war ein aktiver Spieler auf der politischen Bühne des Reiches. Während der Reichskammergerichtsvisitation stand der Dresdener Hof auf Seiten der von Berlin und Hannover angeführten antikaiserlichen Koalition, die den Einfluss Josephs II. im Reich zu schwächen suchte. In der Kirchenpolitik erreichte Sachsen einen bedeutenden Erfolg. Clemens Wenzeslaus, der jüngste Sohn des Kurfürst-Königs August III., wurde Fürstbischof von Freising, Regensburg, Augsburg und schließlich Erzbischof von Trier. Dadurch erhielt er einen Sitz im Kurfürstenkolleg. Das sächsische Außenministerium unterstützte zudem seine Bemühungen um den Bischofsstuhl in Köln, Münster und Lüttich. Kirchliche Benefizien wurden auch für die Töchter Augusts III. gesucht: Maria Kuni-gunde wurde zur Fürstäbtissin der freiweltlichen Reichsstifte Essen und Thorn, Maria Christine zur Fürstäbtissin der in den Vogesen gelegenen Benediktinerabtei von Remiremont. Aus der Perspektive des Hauses Wettin waren die Erbfolgefragen im Reich von besonderer Bedeutung. Zahlreiche Dynastien starben aus, dar-

unter die bayerischen Wittelsbacher und die in den fränkischen Markgrafentümern Ansbach und Bayreuth regierenden Hohenzollern. Seit Jahrzehnten war unter anderem die Erbfolge im niederrheinischen Jülich und Berg ungeregt.¹⁷ Zwar scheiterten die während der Konföderation von Bar unternommenen Versuche, die polnische Krone zurückzuerlangen, doch blieb dieses Ziel auf der Agenda des Dresdener Hofes. Im April 1772 stellte Konferenzminister Gutschmid die Ziele der sächsischen Außenpolitik vor. Das vorrangige Streben galt demnach der Erlangung der polnischen Krone, gefolgt von dem Vorhaben, den kurländischen Thron nach dem Aussterben der in Mitau regierenden Familie von Biron erneut zu gewinnen. An dritter Stelle stand das Ziel, die sächsischen Ansprüche auf die bayerische Allodialsukzession durchzusetzen. Das sächsische Ministerium interessierte sich lebhaft für die Vorbereitungen für den polnischen Sejm, auf dem die erste Teilung Polens beschlossen wurde (1773-1775). Die wichtigste Frage für den Dresdener Hof war das in der polnischen Adelsversammlung diskutierte Vorhaben, Ausländer von der Bewerbung um die polnische Krone auszuschließen. Obwohl es für den sächsischen Kurfürsten keine Chancen auf die Wiedergewinnung des Warschauer und Mitauer Throns gab, entschieden sich die sächsischen Minister, die Beziehungen mit Preußen wieder intensivieren zu wollen. Sie gingen davon aus, dass der preußische König Friedrich der Große die Bewerbung des sächsischen Kurfürsten Friedrich August III. um die polnische Krone unterstützen und ihm bei dessen Anstrengungen in Sankt Petersburg behilflich sein würde. Doch erkannten sie bald, dass das sächsische Haus aus Berlin keine Hilfe erhalten würde. Daraufhin bemühten sich die sächsischen Minister um die Unterstützung durch die Wiener Hofburg. Gutschmid überzeugte den Kurfürsten im Mai 1773 davon, dass die Erneuerung der Union nur mit österreichischer Unterstützung möglich sei. Wegen der widersprüchlichen Interessen des Wiener und Berliner Hofes im Reich verschlechterten sich schon bald die Beziehungen Sachsens zu Österreich, und die sächsischen Minister unternahmen einen neuen Versuch, sich Preußen anzunähern. Dabei wurde eine Änderung der sächsischen Prinzipienhierarchie vorgenommen. Zuvörderst wurde angestrebt, die bayerische Allodialsukzession zu sichern. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die polnische Krone aus dem politischen Blickfeld verschwand¹⁸.

Sächsische Diplomaten wurden angewiesen, die russische, preußische und österreichische Polenpolitik zu beobachten und bei günstiger Gelegenheit an entsprechender Stelle darauf hinzu-

15 König Karl III. von Spanien war mit Maria Amalia, der Tochter des sächsischen Kurfürsten und polnischen Königs August III. verheiratet gewesen. Ihre jüngere Schwester war die Lieblingsschwiegertochter des französischen Königs Ludwig XV. Die verwitwete sächsische Kurfürstin Maria Antonia war die Schwester des bayerischen Kurfürsten Maximilian Joseph III., dessen Ehefrau Maria Anna die Tochter Augusts III. war.

16 Für die wichtigsten Abhandlungen mit weiterführender Literatur vgl. WŁADYSŁAW KONOPCZYŃSKI, Konfederacja barska, Bd. 1-2, Warszawa 1991; WACŁAW MEJBAUM, O tron Stanisława Augusta, Lwów 1918; BORIS V. NOSOV, Ustanovlenie rossijskogo gospodstva v Reči Pospolitoj, 1756-1768, Moskva 2004.

17 HERIBERT RAAB, Clemens Wenzeslaus von Sachsen und seine Zeit 1739-1812. Bd. 1: Dynastie, Kirche und Reich im 18. Jahrhundert, Freiburg 1962.

18 TADEUSZ CEGIELSKI, Das alte Reich und die erste Teilung Polens 1768-1774, Wiesbaden u. a. 1988

Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen, genannt der Gerechte
Gemälde von Anton Graff, 1795
© Wikimedia



weisen, dass der Kurfürst nicht zögern würde, eine Einladung auf den polnischen Thron anzunehmen. Es gab nur eine Bedingung: Die sächsische Kandidatur hätte durch die europäischen Großmächte akzeptiert zu werden¹⁹. In ganz Europa wurde in den 1770er Jahren vermutet, dass das vorrangige Ziel der sächsischen Diplomatie war, die Union mit der Adelsrepublik zu erneuern. In dieser Sache waren sich sogar die größten Opponenten einig: der preußische König Friedrich der Große und der österreichische Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz²⁰.

Der bayerische Erbfolgekrieg 1778 bis 1779, die Verschiebung des Mächtesystems im Reich nach dem Frieden von Teschen und die wachsende Beunruhigung angesichts der allmählich bekannt werdenden kaiserlichen Pläne, die Diözesen im Reich neu einzuteilen und Bayern gegen die österreichische Niederlande zu tauschen, trugen dazu bei, dass an der Elbe an erster Stelle an die Sicherheit des Kurfürstentums gedacht wurde. Die polnische Krone war daher nicht das vorrangige Ziel Friedrich Augusts III. Der Kurfürst, der diese Angelegenheit seiner Mutter und den Außenministern abtrat, versuchte stattdessen, den Prinzipien seines Erziehers von Fritsch treu zu bleiben: die Krone der Vorfahren zwar nicht zu vergessen, dafür aber die Sicherheit des Staates und das Wohlergehen der Untertanen keiner Gefahr auszusetzen. In seinem im Jahre 1787 verfassten politischen Testament an seinen Bruder und Nachfolger, den späteren König Anton, bezog Kurfürst Friedrich August III. Stellung zu einer mögli-

chen sächsischen Sukzession in der polnischen Adelsrepublik: „Einerseits hängt dieses Reich ganz von der Willkür seiner Nachbarn ab und der König ist eine bloße Vorstellung eines Haupts einer freyen Nation; andererseits hindern ihn die verschiedenen im Reiche entstehenden Partheyen, etwas Gutes zu stiften und bey den Gesinnungen, die ein Regent haben soll, kan er leicht in den Fall kommen, wählen zu müssen, ob er seinen Pflichten und sener Ehre oder seiner Krone entsagen will.“ Er stellte ferner fest: „Nach der jetzigen Verfaßung von Pohlen ist diese Krone nicht einmal anzunehmen.“ Im Falle weitgehender Verfassungsreformen, welche die Prägogative des Monarchen erweitern würden, meinte er: „Da man aber alle künftig mögliche Veränderungen nicht voraus sehen kan, so würde ich Ihnen rathen keine unumschränkte Abneigung gegen diese Krone zu zeigen“, und riet dazu, die Annahme des Warschauer Thrones gegebenenfalls in Erwägung zu ziehen. Wegen der unterschiedlichen Verfassungsformen und der Gefahr, dass die sächsischen Stände durch die Ausgaben in Polen belastet würden, suggerierte er jedoch, dass die Krone in einem solchen Fall nicht vom Kurfürsten selbst, sondern von einem anderen Vertreter der Dynastie angenommen werden solle. Es ist zu betonen, dass die Textpassagen des politischen Testaments, die sich auf die polnische Krone beziehen, vom ersten Herausgeber, Karl Weber, im 19. Jahrhundert ausgelassen wurden. Erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurden sie von Jochen Vötsch publiziert.²¹

Die Verfassungsreformen in der polnisch-litauischen Adelsrepublik wurden vom Vierjährigen Sejm (1788-1792) durchgeführt. Im September 1790 entschieden die Abgeordneten über die Erbfolge. Der polnische Adel sprach sich fast einstimmig für die sächsische Kandidatur aus. Die sächsischen Minister stellten im Oktober 1790 jedoch Forderungen, die eigentlich als Ablehnung interpretiert werden mussten. Sie verlangten, dass die gegensätzlichen Interessen des Kurfürstentums und der Adelsrepublik zumindest teilweise ausgesöhnt würden, dass die Teilungsmächte der sächsischen Sukzession in Polen zustimmten und dass der Thron in der sächsischen Dynastie erblich würde. Kritik wurde bezüglich der Verfassung vom 3. Mai 1791 geübt – deren Vorschriften wurden als allzu wesentliche Einschränkungen der monarchischen Gewalt gerügt. Sogar positive Signale von der Ende August 1791 in Pillnitz stattfindenden österreichisch-preußischen Konferenz zerstreuten die Sorgen, die das sächsische Ministerium mit der Thronfolge verband, nicht:

19 Heinrich Gottlieb von Stutterheim, Kabinettsminister und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten an Friedrich August von Zinzendorf und Puttendorf, den sächsischen Gesandten in Berlin, 11. Juli 1777, SHStA, Dresden, Loc. 03397/07, Instruktionen usw. für den Grafen von Zinzendorf als Gesandter am preußischen Hofe.

20 Exemplarisch: „On voit vien, qu'elle [der Dresdener Hof] ne saurait oublier ce royaume et que ce trône reste constamment l'idée dominante de l'Électeur“, Friedrich II. an Adrian Heinrich von Borcke, den preußischen Legationsrat in Dresden, Potsdam, 30. November 1774, Politische Correspondenz Friedrich's des Großen. Bd. 38, Berlin 1914, S. 183.

21 JOCHEN VÖTSCH, Konfession und Dynastie. Zum politischen Testament des sächsischen Kurfürsten Friedrich August III. von 1787. Mit Teil-Edition, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 73 (2002), S. 85.



Der „Große Sejm“ nimmt die Verfassung vom 3. Mai 1791 an, Gemälde von Kazimierz Wojniakowski, 1806
© Wikimedia

Die Annahme der polnischen Krone machte der Kurfürst daher nun vom Placet der russischen Zarin abhängig. Am 24. Mai 1792 lehnte das sächsische Ministerium das polnische Angebot jedoch ab.²² Es bleibt zu untersuchen, ob das Hinauszögern dieser Entscheidung eine Folge der mangelnden Entschlossenheit des Kurfürsten war oder ob andere, noch unbekannte Gründe dafür ausschlaggebend waren. Obwohl das Thema der sächsischen Thronfolge zur Zeit des Vierjährigen Sejms verhältnismäßig gut erforscht ist, haben die sächsisch-russischen Beziehungen, die für die Ablehnung der Thronfolge möglicherweise eine bedeutende Rolle gespielt haben, noch keine große Beachtung erfahren. Sie bleiben ein Forschungsdesiderat.

Die Diskussionen über die Personalunion mit der polnisch-litauischen Adelsrepublik haben in großem Maße die sächsische Geschichtsschreibung dominiert, die das Jahr 1763 für eine entscheidende Zäsur hält. In Friedrich Christian sieht die Historiographie einen „Fels“ des sächsischen Rétablissements, einen Herrscher, der vom außenpolitischen Ehrgeiz seiner Vorfahren frei gewesen sei. Tatsächlich sind seine Verdienste am wirtschaftlichen Wiederaufbau des Kurfürstentums jedoch ziemlich gering: Seine Teilhabe an den entsprechenden Reformen zu Lebzeiten seines Vaters hielt sich in Grenzen – die Restaurationskommission korrespondierte mit dem Kurfürst-König, der sich damals in Warschau aufhielt, nicht jedoch mit dem Kurprinzen. Die Regierungszeit Friedrich Christians war letztlich gänzlich von den Anstrengungen um den polnischen Thron geprägt. Das Ende der polnisch-sächsischen Per-

sonalunion war nicht die Folge einer Entscheidung des Dresdener Hofes, sondern der verlorenen Wahl.

Eine Strömung der sächsischen Historiographie wollte die Bedeutung der Rolle Polens in der Geschichte des Kurfürstentums vermindern. Diese Tendenz, die ihren Anfang in der Zeit des Kaiserreichs hatte, wurde auch nach dem Zweitem Weltkrieg in der DDR noch fortgesetzt. Es ist zu betonen, dass der Dresdner Hof auch nach dem Tod Augusts III. 1763 das Streben nach der polnischen Krone nie endgültig aufgab – bis zur Mitte der 1770er Jahre durchaus intensiv, doch eher chaotisch und schwach koordiniert. Friedrich August III. und Heinrich Gottlieb von Stutterheim, seit 1777 amtierender Kabinettsminister und Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, verzichteten zwar nach Mitte der 1770er Jahre auf eine offensivere Polenpolitik, vergaßen den polnischen Thron jedoch nicht.

Die mehr oder weniger konsequent unternommenen Versuche nach dem Tod Augusts III., die polnisch-sächsische Personalunion wiederherzustellen, verdienen monographische Abhandlungen, insbesondere vor dem Hintergrund der sächsischen Reichspolitik. Zwar haben vor allem polnische Historiker bereits zahlreiche Aspekte der sächsischen Bemühungen um die polnische Krone beleuchtet, doch liegen ihre Forschungsergebnisse nicht gebündelt vor. Dies ist darin begründet, dass die Außenpolitik Friedrich Augusts III. in dessen frühen Regierungsjahren noch nicht systematisch untersucht worden ist und viele Aussagen nur am Rande anderer Forschungen vorgenommen worden sind.

²² Am wichtigsten bleibt die Monographie von WALERIAN KALINKA, *Sejm Czteroletni*, 2 Bde., Warszawa 1991.

Autor

Jacek Kordel
Uniwersytet Warszawski
Instytut Historyczny
Krakowskie Przedmieście
26/28
00-927 Warszawa